

Die WSSK schlägt folgende Änderung der WahlO vor:

§ 10 WahlO

(2) Auf dem Wahlvorschlag vermerkt die WSSK oder die hierzu bevollmächtigte Person Datum und Uhrzeit des Eingangs. Die WSSK oder die bevollmächtigte Person prüft unverzüglich, ob der eingegangene Wahlvorschlag den Erfordernissen dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung entspricht, teilt etwaige Mängel der*dem Vertreter*in des Wahlvorschlags mit und fordert sie*ihn auf, behebbare Mängel zu beseitigen; diese Hinweise werden protokolliert. Der Wahlvorschlag wird anschließend in eine verschlossene Urne eingeworfen. Nach der Beschlussfassung über die Zulassung der Wahlvorschläge gemäß §12 Abs. 1 ist eine Beseitigung der Mängel nicht mehr möglich.

§ 12 WahlO

(1) Die WSSK entscheidet spätestens am 21. Tag vor dem Wahltag über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Diese beschränkt sich bei außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf acht Tage vor der Wahl. Zurückzuweisen sind Wahlvorschläge, die

1. nicht rechtzeitig eingereicht worden sind,
2. unvollständig geblieben sind,
3. eine Bedingung oder einen Vorbehalt enthalten oder sich nicht auf die verlangten Angaben beschränken,
4. nicht ordnungsgemäß, insbesondere nicht von der erforderlichen Zahl Wahlberechtigter, unterzeichnet sind,
5. Fachbereichsvertretungsvorschläge sind und nicht zweifelsfrei erkennen lassen, für welche Fachbereichsvertretung sie gelten sollen.

dem Wahlvorschlag vermerkt die WSSK oder die hierzu bevollmächtigte Person Datum und Uhrzeit des Eingangs. Die WSSK oder die bevollmächtigte Person prüft unverzüglich, ob der eingegangene Wahlvorschlag den Erfordernissen dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung entspricht, teilt etwaige Mängel der*dem Vertreter*in des Wahlvorschlags mit und fordert sie*ihn auf, behebbare Mängel zu beseitigen; diese Hinweise werden protokolliert. Der Wahlvorschlag wird anschließend in eine verschlossene Urne eingeworfen. Nach der Beschlussfassung über die Zulassung der Wahlvorschläge gemäß §12 Abs. 1 ist eine Beseitigung der Mängel nicht mehr möglich.

Begründung:

Um Bedenken an einer Veröffentlichung von Unterstützer*innen- oder Kandidat*innenlisten entgegenzuwirken, regen wir die oben genannte Änderung der WahlO an. Mit Einführung der Urne soll der Personenkreis beschränkt werden, der Zugriff auf die Listen hat. Die Urne erscheint uns hierfür als ein geeignetes Mittel. Da nach Einwurf der Wahlvorschläge nicht mehr auf diese zugegriffen werden kann, wird der Kreis der zur Entgegennahme ermächtigten Personen um die Kategorie eine oder mehrere durch die WSSK bevollmächtigte Personen erweitert. Die unvollständig gebliebenen Listen sollen von der entgegennehmenden Person zudem zurückgewiesen werden können.